

**Stellungnahme zu den gemeinsamen Anträgen vom 09.03. und 20.05.2015 zum SKA am 16.06.2015**

Schulschließungen sind immer ein extrem schwieriges und emotional belastetes Thema. Im Fall der angestoßenen zukunftsweisenden Planungen zum Thema Grundschulen handelt es sich allerdings nicht um eine Schließung, vielmehr um eine Verlagerung und Zentralisierung von drei Standorten an einen gemeinsamen Standort.

Dass es dadurch zu entsprechenden Reaktionen kommen wird, war uns bereits klar, als wir die heute vorliegenden Anträge formuliert haben. Die vorgetragenen Proteste halten wir für legitim und verständlich. Begriffe wie „unheilige Allianz“ – oder „schändliche Anträge“ lassen sich auf Grund der Bedeutung der bevorstehenden Veränderung vielleicht auch mit einer hohen emotionalen Betroffenheit erklären. Wenn Schulunterricht allerdings dazu missbraucht wird, dass 6-10 jährige Kinder von Lehrkräften instrumentalisiert werden ein Protestlied einzuüben, ist dies absolut inakzeptabel. Es wäre die Frage zu klären, ob dies mit dem pädagogischen Auftrag von Lehrkräften gehört, da diese zu Sachlichkeit und Neutralität gegenüber ihren Schützlingen und dem Schulträger verpflichtet sind.

Den drei Antrag stellenden Fraktionen Machtkalkül, Eigennutz oder irgendwelche andere Gründe für ihr Handeln vorzuwerfen, entbehrt jeder Grundlage und trägt nicht zu einer fairen und sachlichen Diskussion bei.

Aufgabe der Politik ist es frühzeitig sich anbahnende Veränderungen zu erkennen und in der Konsequenz weitsichtig zu handeln. In Sachen Grundschulen sollen daher die Weichen gestellt werden, damit für unsere Kinder zukünftig ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Schulangebot zur Verfügung steht. Das bei all den Überlegungen auch finanzielle Mittel eine Rolle spielen, ist nicht von der Hand zu weisen. Über frei werdende Mittel ist zu entscheiden. Sie werden aber Grundlage für eine verbesserte Ausstattung z.B. für Schulmittel, OGS-Ausstattung, Inklusion und vieles mehr bilden.

Bei allen Überlegungen hat eine zukunftsfähige, starke und qualitativ gute Grundschule für Neunkirchen, mit pädagogisch innovativen Konzepten Priorität. **Das ist unser Ziel.**

Bisherige gute und unterschiedlich geprägte Konzepte müssen auch weiterhin Bestand haben und können dadurch zur Qualität der neuen Grundschule beitragen.

**Das sind unsere Ziele:**

- Eine zukunftsorientierte und qualitativ hochwertige Grundschule für Neunkirchen, die ihrem Bildungsauftrag entspricht, unseren Kindern einen soliden Einstieg für ihre schulische Laufbahn und eine echte Perspektive fürs Leben bietet.
- Sicherheit für Eltern und Kinder in Sachen Schulanmeldung. Damit erledigen sich die bange Fragen, ob denn eine Eingangsklasse an „meiner Grundschule“ gebildet wird, oder ob ich mich wieder umorientieren muss. Überdies steht viel früher und auch sicherer fest, wie groß die Klassenschülerzahlen denn nun wirklich werden.

- Einen hohen Qualitätsstandard schaffen, der Schule auch als Lebensraum definiert und in räumlicher und materieller Ausstattung Lernen zeitnah, sinnvoll und optimal anbietet.
- Den Bedarf einer offenen Ganztagschule (OGS) stabilisieren und die entsprechenden Ressourcen für die Nachfrage aller interessierten Eltern schaffen.
- Rund um das Thema Inklusion das erforderliche Personal und die entsprechenden Maßnahmen anbieten.

### Warum das alles? („ohne Not agieren!“)

- Seit dem Schuljahr 1999/2000 sind die Schülerzahlen von 803 auf aktuell 465 gesunken. Bis zum Schuljahr 2020/2021 wird es einen weiteren Rückgang auf ca. 400 Schüler geben.

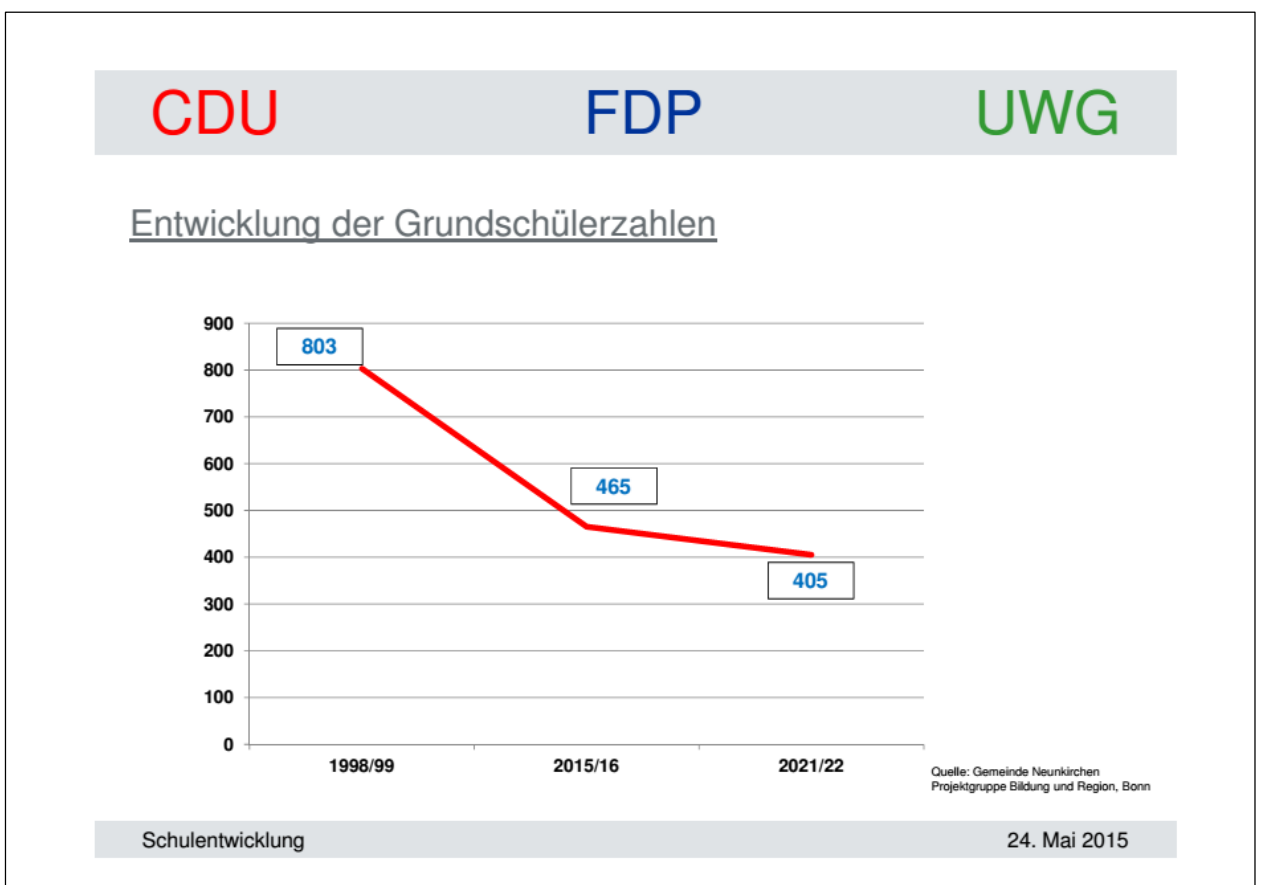


Abb. 01: Entwicklung der Grundschülerzahlen

## Situation Grundschule Struthütten

Die Grundschule Struthütten konnte nur durch eine „Sonderaktion“ für das Schuljahr 2015/16 die Mindestschülerzahl für die Bildung einer Eingangsklasse erreichen. Zum Schuljahr 2017/18 ändert sich die gesetzliche Lage dahingehend, dass eine Mindestgröße von 92 Schülern zum Erhalt der Grundschule vorgeschrieben ist. Diese Gesamtschülerzahl wird übrigens bereits seit 2010 nicht mehr erreicht. Spätestens 2016 wird uns der Gesetzgeber die Entscheidung abnehmen.

Daher ist es angesagt, jetzt das Heft in die Hand zu nehmen und nicht, wie es von SPD und betroffenen Eltern und Lehrern gefordert wird, abzuwarten, bis die vom Gesetzgeber festgelegten Fristen ablaufen.

Handlungsspielraum und die erforderlichen Gestaltungsmöglichkeiten erreicht man nur, wenn man sich rechtzeitig vor Ablauf der Fristen mit der Thematik befasst.

Wenn man zu „spät wach“ wird, zwingen Fristen zu schnellem Handeln und dadurch zu Fehlentscheidungen, die dann immer wieder durch „Notoperationen“ angepasst werden müssen. Hierzu sollten wir uns einmal mehr die Passagen unseres 2014, von allen damals im Rat vertretenen Fraktionen verabschiedeten Leitbilds, vor Augen führen, die dort zum Thema „demographischer Wandel, Familie und Bildung“ aufgeführt sind.

Angeblich unrealistischen Prognosen werden als Argument ins Feld geführt, da wir ja in unserer Bewertung die Asylantenkinder vergessen hätten.

1. handelt es sich in keinsten Weise um Prognosen, da die Kinder über die wir hier reden bereits geboren sind. Wir reden hier über Fakten.
2. selbst wenn dies so wäre, helfen 5, 6 oder sieben Kinder überhaupt nicht, die grundsätzliche Situation zu ändern.

An gut funktionierenden Schulen würde eine bewährte Infrastruktur zerstört, so wird behauptet. Zur Infrastruktur gehört auch die Ganztagsbetreuung. Nach aktuellem Kenntnisstand läuft die OGS der Neunkirchener Grundschule seit geraumer Zeit an ihrer Kapazitätsgrenze. Wie will man dort den ständig steigenden Bedarf an OGS Plätzen sichern? Machen wir uns nichts vor, der Bedarf wird weiter steigen.

Vermisst werden konkrete Vorschläge, wie sich die „Task Force“ eine zukünftige Grundschullandschaft in Neunkirchen vorstellt. Protest kann nicht nur daraus bestehen, einfach „das Alte“ behalten zu wollen. Sinnvoll wäre es da schon, zielorientierte Ideen zu entwickeln, wie man dem demographischen Wandel begegnen will. Machen wir uns nichts vor. Unsere Jugend im Allgemeinen, aber auch speziell die in Neunkirchen, steht vor großen Herausforderungen. Wir sind in der Pflicht ihr überall dort wo es heute schon möglich ist, Lasten abzunehmen.

Vermisst wird auch der deutliche Fingerzeig auf die hohe Verantwortung zum Thema Inklusion. Was ist mit zuzüglich erforderlichen Räumlichkeiten? Lässt sich das alles an drei Schulen verwirklichen, oder nicht doch besser an einem Standort?

Das viel zitiertes Argument „Kurze Beine – Kurze Wege“, das darauf abzielt Grundschüler sollen in ca. 10 Minuten ihre Grundschule fußläufig erreichen können, gilt in Neunkirchen

schon lange nicht mehr! Spätestens seit dem die Altenseelbacher Kinder per Bus nach Struthütten, Neunkirchen oder Salchendorf gefahren werden, ist dieser Traum vorbei. Von Zeppenfeld und Wiederstein und dem Rassberg mal ganz abgesehen.

Die sehr kompakte Topographie Neunkirchens bietet sich geradezu an, einen zentralen Standort für eine zukünftige Grundschule zu planen. Die Wege in Neunkirchen, egal ob zu Fuß oder per Bus, sind in Neunkirchen relativ kurz.

Im ungünstigsten Fall reden wir über ca. 5 km; keine 10 Minuten, die mit dem Bus zu überwinden sind. In anderen „Flächenkommunen“, wie z.B. Burbach oder Wilnsdorf hat man da schon ganz andere Wege zurückzulegen. Ein großer Vorteil für Neunkirchen, den es zu nutzen gilt.

Nun zum Thema „Geheimbund“. Bereits in den Haushaltsreden wurde dazu eingeladen sich an den Entwicklungsprozessen für Neunkirchen zu beteiligen. Unsererseits wurde immer der Kontakt und die Beratung mit der Verwaltung gesucht. Letztlich fand auch ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen zum Thema Grundschulen statt um nochmals an eine Mitarbeit in der Sache aufzufordern. Dass sich Mehrheiten, im Rahmen einer gemeinsamen Fraktionssitzung, mit dem Bürgermeister und den zuständigen Fachbereichen der Verwaltung zu Beratungen treffen, ist politische Normalität und keine Geheimniskrämerei.

## **Fazit**

Wir stehen in Neunkirchen vor wichtigen Entscheidungen im Grundschulbereich, die durch verschiedene Anträge eingeleitet wurden. Für den nun in Gang kommenden Prozess ist ein Expertenkreis angedacht mit der Aufgabe, Neunkirchens Grundschulen zukunftsfähig zu machen. Daher beantragen die Fraktionen von CDU, FDP und UWG die Einberufung einer „Projektgruppe Grundschule“ zum Herbst 2015 unter Teilnahme der Verwaltung, der Schulleitungen, der Elternvertreter und der Fraktionen des Rates der Gemeinde Neunkirchen.

**Lieber vorausschauend die Zukunft durch rechtzeitiges Handeln gestalten, als kurzfristig unter Zwang mit „Notlösungen“ operieren.**

Die Fraktionsvorsitzenden für die drei im Rat der Gemeinde Neunkirchen Fraktionen von CDU, FDP und UWG.

Bernd W. Müller

Jan Ebener

Gerhard Lichtenthäler